

Annonce-  
Annahme-Bureaus.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 16.)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei F. Strelzow,  
in Breslau b. Emil Rabath.

# Posener Zeitung.

Nennundsechzigster Jahrgang.

Mr. 539.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt viertjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 4. August  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Außerste 20 Pf. die sechsgeschwante Zeile oder deren Raum, Reklame verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr nachmittags angenommen.

1876.

## Amtliches.

Berlin, 3. August. Bei dem katholischen Schullehrer-Seminar zu Lüttich ist der Lehrer Luda aus Danzig als ordentlicher und Musiklehrer angestellt worden.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 3. August.

Die "Post" enthält folgenden Artikel: "Bekanntlich sind vor zwei Jahren von Seiten der Landesvertretung die Mittel zu verschiedenen umfangreicher Eisenbahnbauten in den östlichen Provinzen der Monarchie bewilligt worden. Es sind dies die Linien: Insterburg-Prostken, Jablonowo-Coskowitz, Posen-Belgard-Stolpmünde-Rügenwalde. Während sich bei der natürlichen Ungeduld der beteiligten Kreise der Gemüthe einige Unruhe über den, dem Anschein nach verzögerten Bauantriff bemächtigt hat, und sogar Stimmen laut geworden sind, welche der Regierung die Absicht zuschreiben, von diesen Anlagen überhaupt abzusehen, erfahren wir von unterrichteter Seite, daß regierungsettig unbefriedigt mit den nötigen, sehr umfangreichen vergleichenden Ermittlungen vorgegangen ist, daß diese größtentheils zum Abschluß gebracht sind und so weit auch die landespolizeiliche Prüfung der aufgestellten speziellen Vorarbeiten bereits erfolgen konnte, zur Zeit der Beratung für den Verding unterliegen. — Auf der Hälfte der zehn Abschnitte, in welche die Eisenbahn Posen-Belgard getheilt ist, werden die Planungsarbeiten noch im Laufe dieses Herbstes beginnen. Sofern sich nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten entgegenstellen, sollen die Linien nördlich von Neustettin im Jahre 1878, die Strecke Posen-Neustettin, in welche der längere Bauzeit in Anspruch nehmende Warthe- und Neze-Uebergang fällt, im Jahre 1879 zur Eröffnung gelangen. Der alsbaldige Angriff der Erdarbeiten zwischen Insterburg und Darkehmen ist durch die so eben erfolgte Buschlagerteilung auf eingezogene Offerten sichergestellt. Mit dem Bau der Weichselbrücke bei Graudenz in der Linie Coskowitz-Jablowo ist am 10. April er begonnen worden. Von den 10 Mittelpfeilern werden im Laufe dieses Jahres zwei fertiggestellt, zwei bis zur Terrainhöhe gebracht und für drei andere die Senfung der Brunnen so weit getrieben werden, als die Witterung solches irgende gestattet."

Die Enquête des Bundesrates über das Patent wesen wird, wie der "R. Anz." meldet, noch im Laufe des Monats August beginnen. Es sollen in derselben folgende Sachverständige vernommen werden:

Böttcher, Regierungsrath, Direktor der höheren Gewerbeschule zu Chemnitz; Brauer, Hüttenwerksdirektor zu Grafenstadt; Dr. Brünning, Fabrikbesitzer, Mitglied des Reichstages zu Höchst a. M.; Busch, Generalsekretär des Landesgewerbevereins zu Darmstadt; Busse, Mitglied der Technischen Deputation für Gewerbe und Director der fgl. Staatsdruckerei zu Berlin; Fleischmann, Adolph, Kommerzienrath zu Sonneberg in Thüringen; Hafenclever, Generaldirektor der Aktiengesellschaft Ahenania zu Alsfeld bei Stolberg-Aachen; Dr. Hofmann, Geh. Reg.-R., Prof. a. d. fgl. Univ. zu Berlin; Huber, Seidenfabr. zu Saargemünd; Dr. Karsten, Prof. a. d. fgl. Universität zu Kiel; Kaselowski, Kommissions-Rath, Bielefeld; Dr. Klostermann, Geh. Berggrath und Prof. an der königl. Universität zu Bonn; Linde, Prof. an der königl. polytechnischen Hochschule zu München; Lürmann, Fabrikbesitzer und Ingenieur zu Osnabrück; Dr. Meidinger, Prof. Vorstand der großherzoglichen Landesgewerbehalle zu Karlsruhe; Dr. Möller, Fabrikbesitzer zu Kupferhammer bei Bielefeld; Dr. Rautert, Fabrikbesitzer zu Mainz; Siemens, Mitglied der Königl. Akademie der Wissenschaften, Fabrikbesitzer zu Berlin; Dr. Siermann, Chemiker zu Pommersdorf bei Stettin; Dr. Stegmann, Director des bairischen Gewerbevereins zu Nürnberg; Dr. v. Steinbeis, Präsident der königl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel zu Stuttgart; Tritscheller, Fabrikdirektor zu Lenzen (Brandenburg); Dr. Franz Birth, Patent-Agent zu Frankfurt a. M.; Zimmermann, Kommerzienrath zu Chemnitz.

Die Behörden sind darauf hingewiesen worden, daß durch die Novelle zum Reichsstrafgesetzbuch der § 369 Ziffer 2 des Reichsstrafgesetzbuchs geändert worden ist. Während nach der früheren Fassung der bloße Besitz eines ungestempelten Maßes oder eines ungestempelten Gewichts, sowie der bloße Besitz einer unrichtigen Wage, nicht aber der bloße Besitz einer ungestempelten Wage den Gewerbetreibenden verboten und für strafbar erklärt war, ist nach dem jetzigen Wortlaut der bloße Besitz, sowohl ungestempelter als auch unrichtiger Maße, Gewichte oder Wagen den Gewerbetreibenden verboten und für strafbar erklärt worden.

Vor kurzem hat der Kultus-Minister in einem Reskript auf den Wohlstand hingewiesen, der durch die kurze Zeit, welche während des Sommersemesters auf Vorlesungen an Universitäten verwandt wird, hervorgerufen wird und speziell die Gewohnheit, das Sommersemester, welches formal erst Mitte August geschlossen wird, in einzelnen Fakultäten schon gegen Ende Juli abzuschließen, genehmigt. Wie die "R. A. C." hört, hat demzufolge die hiesige medizinische Fakultät, deren Mitglieder früher in der Regel nur bis zum Ende des Monats Juli gelesen haben, beschlossen, noch für die erste Woche des Monats August die Vorlesungen fortzudauern zu lassen. Freilich verspricht diese an sich sehr zu billige Maßregel keinen besonderen praktischen Erfolg, da die auswärtigen Studirenden mit Rücksicht auf die monatlich sich erneuernde Miethe von ihnen bewohnten Zimmern, in Folge der Verlängerung der Vorlesungen über den Monat Juli hinaus bis zum Ende der ersten Woche des Monats August, nicht für einen ganzen Monat den Mietzins entrichten werden, um noch eine Woche sich in derselben aufzuhalten. Thatlich haben bisher diejenigen Professoren (besonders die der juristischen Fakultät), welche bis in den August hinein gelesen haben, vom Beginn des Monats August an fast vor leeren Bänken gelesen.

— Die Verzichtleistungen bisheriger Abgeordneter auf eine Wiederwahl mehren sich. In neuester Zeit werden die Reichstagssabgeordneten von Bojanowski (Weimar) und Prof. Dr. Schmidt (Jena) und die Landtagsabgeordneten Graf Stolberg (Zentrum), Heiliger, Bening und Laporte (alle drei nationalliberal) und Kirchhoff (Particularist) als solche genannt, welche kein Mandat mehr annehmen wollen. Die Frankfurter befürchtigen, der „Magd. Btg.“ aufgeht, Herrn Sonnenmann nicht wiederzuwählen.

— Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung beabsichtigt, das von Dr. Jul. Post in Göttingen zusammengestellte Volksmuseum zu erwerben. Das Museum besteht zur Zeit aus 7 Abteilungen. 1. Die astronomische Abteilung enthält Globen, Tellurien, Planetarien, astronomische Karten; 2. die anatomische Abteilung enthält unter Professor Voeks Leitung angefertigte und zum Berlegen eingerichtete Modelle von allen Theilen des menschlichen Körpers; 3. die mikroskopische Abteilung; 4. die stereoskopische Abteilung; 5. die Abteilung für gewerbliche Kunst enthält Abbildungen von Ornamenten, Architekturen und Gegenständen der gewerblichen Kunst; 6. die physikalische Abteilung enthält dienten Apparate, Modelle und Maschinen, welche die wichtigsten Naturgesetze und ihre Anwendung im praktischen Leben experimentell zu zeigen gestatten. Die 7. Abteilung bildet das Skiptikon, eine vervollkommen Laterna magica, die sich bewegen und ohne weitere Vorbereitung handhaben läßt und die Vereine in den Stand setzen soll, ihren Mitgliedern in den Abend-Versammlungen eine besondere Anregung zu bieten. Das Skiptikon wird vorläufig von ca. 120 Bildern begleitet, deren Vorführung mehrere Abende ausfüllt. Sämtliche Bilder sind mit erklärendem Text versehen und beherrlichen folgende Gebiete: Darstellungen naturwissenschaftlichen und geographisch-schichtlichen-kulturgebichtlichen Inhalts, Darstellungen aus Märchen und Lafontaine'schen Fabeln, Darstellungen komischen Inhalts, Darstellungen aus der Plastik, bewegliche Darstellungen und Farbenspiele. In dem neuwählten Ausschuß der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung sitzen u. A. folgende Herren: Dr. W. Blum (Heidelberg), Franz Dunker, Dr. Ebert (Berlin), Eduard (Mainz), Dr. Georgi (Leipzig), Prof. Dr. Gneiß, Dr. Hammacher, Dr. Max Hirsch (Berlin), Friedr. Hartkort (Barop), Dr. Friedr. Kapp, A. Lammers (Bremen), J. Lippert, Dr. Löwe-Caspe, Makower, Miquel (Berlin), Dr. Natorp (Essen), Otto (Darmstadt), Dr. Max Ring (Berlin), Emil Ritterhans (Barmen), Dr. Schulze-Delitzsch, Dr. W. Siemers (Berlin), Dr. O. Ull (Halle), Prof. Dr. Birchow (Berlin), Dr. Stephan (Leipzig).

Der Bau der Central-Kadetten-Anstalt zu Lichtenfelde schreitet jetzt rüstig vorwärts. Die vier großen Kasernengebäude sind fast vollendet, die Kirche und das Detonationsgebäude werden jetzt stark in Angriff genommen und wird voraussichtlich der ganze Bau in spätestens einem Jahre vollendet werden. Das Berliner Hauptcorps mit 7 Kompanien und 70 Unteroffizieren resp. Porteepe-Fähnrichs und 700 Kadetten bestehend sowie die 6 Vorcorps zu Potsdam, Bensberg, Plön, Kulm, Oranienstein und Wahlstatt mit 2 Kompanien und 200 Kadetten, also in Summa 1970 werden zusammengelegt und in Lichtenfelde untergebracht. Dort sollen sie in 4 Bataillone a 4 Kompanien a 125 Kadetten eingeteilt werden und analog dem großen Militär-Waisenhaus zu Potsdam das 1. Bataillon weise, daß 2. rothe, 3. gelbe und 4. blaue Achselflappen erhalten. Vielleicht wird auch die sächsische Kadettenabteilung mit einverlebt werden. Außer diesen circa 2000 Kadetten finden noch etwa 400 Personen als Offiziere, Lehrer, Hauptsoldaten, Wärter, Burschen, Küchenpersonal re. Unterkommen, so daß die Anstalt etwa 2400 Köpfe beherbergen wird.

Wie die "Pos. Btg." vernimmt, wird am hiesigen Platze ein sogenanntes General-Konsulat errichtet werden und ist für dasselbe Dr. Eugen Landau, Mitinhaber der Firma Jacob Landau, designiert worden.

Kassel, 1. August. Daß es unter kurfürstlichem Regiment mit dem Volkschulwesen unserer Stadt besser stand als jetzt, klingt unglaublich, scheint aber wahr zu sein. Der "Pädagogischen Zeitung" wird darüber von hier geschrieben:

Die Schulen Kassels haben sich von jener eines wohlverdienten guten Rufes zu erfreuen gehabt. War auch die Zahl der öffentlichen Schulanstalten vor etwa 10 Jahren noch eine verhältnismäßig geringe, und mußte ein großer Theil der kasseler Jugend seine Schulbildung in frequenten Privatanstalten zu erlangen suchen, so wurde doch in allen Bildungsstätten von tüchtigen Lehrern mit eifrigem Fleiß gezeigt und geschafft, und der vormalige Oberaufsichtspfleger, Prof. Dr. Bezzemberger, ein erfahrener Schulmann, verstand es sehr wohl, ideell anzuregen und den Lehrern für seinen hohen Beruf zu begeistern. Eine Änderung in den äußeren Verhältnissen unseres Schulwesens trat nach 1866 ein, indem es in die Hände der städtischen Verwaltung gelangt wurde. Die spezielle Leitung übernahm nun als städtischer Schulreferent Dr. Falkenhainer, ein Mann von liberaler Gesinnung, ungewöhnlichem Scharfsinn und tiefem Verständniß für die Bildungsbedürfnisse der Gegenwart. Unter ihm nahm das hiesige Schulwesen einen mächtigen Aufschwung. Die Realschule wurde, um mehrere Klassen erweitert, in eine höhere Töchterschule und eine zweite Bürgertöchterschule gegründet und mit tüchtigen Lehrkräften besetzt. Die verschiedenen "Freischulen" wurden zu einem städtischen Volksschulorganismus vereinigt und überhaupt in einem Zeitraum von 4 bis 5 Jahren nicht weniger als 57 Schulklassen neu errichtet; Schulhäuser wurden gebaut, — und so war die Periode von 1868—1873 die Zeit des Aufschwunges des kasseler Schulwesens. Dr. Falkenhainer wurde zum Regierung- und Schulrat ernannt und nun übertrug die "liberale" Stadtvertretung von Kassel das so wichtige und einflußreiche Amt eines Schulinspektors einem Geistlichen als Nebenamt.

Dieser Geistliche gehört, wie die Zuschrift weiter ausführt, der streng-orthodoxen Richtung an; es steht ihm keinerlei pädagogischer Ruf zur Seite; bei den Lehrern hat er sich möglichst unbeliebt zu machen gewußt. In einer amtlichen Konferenz bezeichnete er die Einübung des Katechismus, der biblischen Geschichten, der Sprüche und Lieder als die Hauptaufgabe der Volkschule. Es erschien auch von ihm eine Auswahl und Zusammenstellung derjenigen Sprüche, Psalmen und Kirchenlieder, welche in der Schule auswendig gelernt werden sollen. Durch diese theologische Schöpfung ist der biblische Memoritost wesentlich vermehrt worden; nebenbei erklärt das einstimmige Urtheil der Lehrer die Sammlung für unbrauchbar. Wie es bei en Visitationen zugeht, beweist folgende Schilderung:

Die Realien werden kurz abgespielt; stundenlang wird Religion geprüft. Über die Art der Prüfung einige Beispiele. Frage: "Wie stellt Du Dir die Heiligkeit Gottes vor?" Diese Stille! „Kinder,“ fährt der Examinator fort, „denkt Euch da oben an der Decke ein großes, weißes Tuch. Könn't Ihr das beschmutzen?“ Verschiedene Antworten! „Nein, das könn't Ihr nicht beschmutzen, und so ist auch mit der Heiligkeit Gottes!“ — In Realien. Frage: "Wie kommt man nach München?" „Mit der Eisenbahn.“ „Gut!“ — In Geschichte wollte es der Schul-Inspektor seiner Meinung nach den Kindern recht leicht machen und fragte: "Erzählt mal, was Ihr aus der Geschichte wißt!" — Als sich ob dieser Frage die Schüler zunächst verwundert ansehen, drückt der Schul-Inspektor unwillig sein Erstaunen aus, daß die Kinder nichts wissen, er habe es ihnen "doch so leicht gemacht."

Wie weit übrigens der geistliche Schul-Inspektor in andern Ländern als der Religion selbst bewandert ist, läßt sich aus einigen Auszügen von ihm schließen. Seine Lehrgeschicklichkeit aber zeigt sich die Krone auf durch die Frage, mit welcher er eine naturkundliche Lektion unterbrach: "Sagt mal, Kinder, was hat das Eichhörnchen hinten Dicke hängen?"

Wir würden geneigt sein, alles das für stark übertrieben zu halten. Die kasseler Blätter aber scheinen anderer Ansicht zu sein, denn sie drucken den Artikel der "Pädag. Z." verboten ab.

Aus Thüringen 31. Juli. Der Redakteur der "Greizer (nationalliberalen) Zeitung" war wegen Beleidigung des Fürsten Heinrich XII. von Greiz so wie des greizer Konistoriums und der dortigen Landesregierung in erster Instanz vom Kreisgericht Zeulenroda zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt worden, nachdem der Staatsanwalt nur 15 Monate beantragt hatte. Das Appellationsgericht in Eisenach setzte die Strafe auf 15 Monate herab. Dagegen wurde beim Appellationsgericht zu Jena die Nichtigkeitsbeschwerde eingewendet, dieselbe jedoch zurückgewiesen und das zweitinstanzliche Urtheil von 15 Monaten Gefängnis bestätigt. Gestern befand der Redakteur die Aufforderung, binnen 14 Tagen seine Strafe anzutreten.

Dresden, 1. August. Über die am 29. und 30. v. M. in Dresden stattgehabte Konferenz deutscher Eisenbahnverwaltungen zur Beschlusssitzung über ein einheitliches Tarifsystem bringt das "Dresd. Journal" nähere Mittheilungen, welche wir zur Erläuterung der kurzen telegraphischen Meldung über das Resultat der Konferenz nachstehend wiedergeben:

Die Staatsbahnen von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Oldenburg, sowie die Verwaltungen der bedeutenderen Privatbahnen Deutschlands hatten ihre Vertreter gefunden, während aus Preußen, dessen Staatsbahnen nicht vertreten waren, den Sitzungen ein Kommissar des lgl. preußischen Handelsministeriums beteiligte. Der beigefügte Konferenz waren Verhandlungen des sogenannten Tarifschemas: eine Klasse für Gilgit; eine Städteklass für die Wagenladungsklasse A für Güter aller Art bei Quantitäten von 5000 Kilogramm, eine allgemeine Wagenladungsklasse B für dergleichen bei Quantitäten von 10.000 Kilogramm; Spezialtarife für geringwertige, namentlich aufgeführte Artikel (in Wagenladungen zu 10.000 Kilogramm, die zumeist mit denen in den Wagenladungsklassen C, D und den Spezialtarifen II und III des Tarifverbandes übereinstimmen. Fast gleichzeitig mit den Verhandlungen in Harzburg hatten eben solche im königlichen preußischen Handelsministerium stattgefunden, wobei man auf dasselbe Tarifsystem gekommen war, nur mit dem Unterschiede, die Anzahl der Spezialtarife auf 3 zu beschränken, wobei die Artikel des harzburger Spezialtarifes III in andere aufgenommen sind. Die dresdner Konferenz hatte daher über das harzer Vorschlag sowie für den Fall, daß ein Anschluß der preußischen Staatsbahnen an denselben nicht zu erwarten sei, auch über das im königl. preußischen Handelsministerium ausgearbeitete Projekt sich schlüssig zu machen. Als Resultat ist zu berichten, daß für beide Eventualitäten in allen Kardinalpunkten Einigung erfolgt ist, so daß das ersehnte Ziel einer Tarifeinigung der Verwirklichung nahe gerückt sein dürfte.

Im Anschluß an die dresdener Konferenz ist am 31. die Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen eröffnet worden, über die wir bereits berichtet haben.

Leipzig, 1. Aug. Aus zuverlässiger Quelle können wir, schreibt das "Leipz. Tagbl.", heute, nachdem das die Vorbereitungen zu dem Empfang des Kaisers herabgestellt sind, folgendes hierüber melden: Der Einzug soll, nachdem die ehrfürchtige Begleitung des von Berlin kommenden hohen Gastes durch die Vertreter der Stadt in dem Königssimmer des sächsischen Staatsseisenbahnhofes oder einem dafelbst zu errichtenden Zelt erfolgt, durch die Windmühlenstraße, Petersstraße und Grimmaische Straße, den Augustusplatz, die Bahnhof- und Goethestraße nach dem königlichen Palais stattfinden. Die Wahl dieses Weges leitete der Gedanke, daß vor Allem geboten sei, unfern Kaiser das Innere unserer Stadt und den Mittelpunkt dieser, unsern Markt, vorzuführen, und doch den möglichst kurzen Weg zu wählen. Die eine und andere unschöne Stelle des geplanten Weges dient wohl reicher Fahnenstiel, wie er für die Häuser und Straßen allein in Aussicht genommen. Der Dekoration ein einheitliches Gepräge zu geben, hatte sich das Komitee an den hiesigen Architektenverein mit der Bitte um Entwurfung von Plänen gewendet und so bereitwilliges Entgegenkommen gefunden, daß der geirrigte Sitzung des Komites zehn Entwürfe, jeder dem leitenden Gedanken nach eigenartig und durchdacht, vorlagen. Das Komitee hat sich im Anschluß an die Wahl des Architektenvereins für Ausführung des von dem Herrn Baurath Lippus entworfenen Planes, unter Vorbehalt einiger Abänderungen, entschieden. Der Plan legt das Hauptgewicht auf Ausschmückung des Augustusplatzes, sucht die unregelmäßige Gestaltung desselben möglichst zu verdecken und teils von der durchschneidenden Einzugsstraße, teils von dem Theater aus, vor welchem an dem zweiten Abend eine musikalische Aufführung geplant ist, einen sowohl für Tag als Abend geeigneten bedeutsamen Anblick zu gewähren. In ähnlicher Weise gehaltene Ehrenporten an dem Petersstobore und dem Eingang der Goethestraße, von dem Dresdener Bahnhofe aus, mit Fahnen und Laub gezierte Säulen am Ein- und Ausgang der Windmühlenstraße, und stilvoll gehaltene Ausschmückung des Rathauses sollen, im Anschluß an den erhofften reichen Fahnenstiel der Häuser, den Einzugsweg festlich und würdig gestalten. Die Dekoration des Augustusplatzes dient zugleich der für den ersten Abend des Hierseins in Aussicht genommenen allgemeinen Illumination. Wir erfahren weiter,

dass außer dem Kaiser Wilhelm und dem König Albert, welche beide im königlichen Palais wohnen, während der Manöverage hierherkommen der deutsche Kronprinz, Prinz Friedrich Karl, Erzherzog Albrecht, Graf Moltke, die Generale v. Pobielstki, v. Kameke &c. Kronprinz Friedrich Wilhelm wird in der Lampe'schen Besitzung (Mitschel), Erzherzog Albrecht bei Frau Prof. Czermak wohnen.

Aus dem Großherzogthum Baden schreibt man der "Börs. Blg." unter dem 31. Juli: Eine strenge und rücksichtslose Disziplin hält den Sieger von Belfort in seinem Corps aufrecht, das mussten unlängst zwei junge Leutnants erfahren, welche in Karlsruhe eines Abends auf offener Straße, ohne irgend welche äußere Veranlassung, einen den besten Gesellschaftskreisen angehörigen Herrn überfallen und gröslich und thäthlich beleidigt hatten. Auf den Hilferuf des so übel Angegriffenen waren Polizeisoldaten herbeigekommen, welche sich beeilten, die beiden angefeindeten Offiziere — des Weges ziehen zu lassen, den Zivilisten aber zu verhaften und nach der Wache zu führen, wo er sich, um freigelassen zu werden, erst ausweinen musste. Des Letzteren Proteste und Beschwerden fruchten nichts, auch warfete er vergeblich auf eine Entschuldigung der beiden Offiziere, weshalb er sich entschloss, dem General Verder selbst die Angelegenheit vorzutragen. Er that dies mit der Bitte, die beiden Offiziere nicht etwa bestrafen, sondern nur zu einer entsprechenden Entschuldigung veranlassen zu wollen. Nach eingeleiteter Untersuchung verfügte Verder, die beiden Offiziere hätten die verlangte Erklärung abzugeben und seien zur Strafe zu versezen. Der Eine wurde nach Hannover, der Andere nach Breslau verwiesen. Uebrigens sind auch die beiden Polizeisoldaten, welche den Unschuldigen so bereitwillig verhafteten, nachträglich auf dem Disziplinarwege bestraft worden. Begreiflicher Weise hat Verder's Entscheidung in Karlsruhe große Befriedigung hervorgerufen; wäre sie anders ausgefallen, so hätte es in Zukunft um den Rechtschutz der Zivilisten freilich noch schlimmer gestanden als bisher.

München, 31. Juli. Beijuglich des Landtages - Abschieds verneint die "R. B.", dass die Schlussstellen beider von den Worten "lebhaft bedauern wir" und insbesondere auf die Rüge hinsichtlich der Form einiger Reden in der Abgeordnetenkammer sich in dem vom Gesamtministerium dem Monarchen vorgelegten Entwurf nicht befanden, vielmehr von dem König selbst in den Abchied eingetragen wurden. Es ist dies von um so gröserer Bedeutung, als es das zweite Mal ist, dass der König in dieser Beziehung der Kammer, resp. der ultramontanen Fraktion derselben eine Rüge ertheilt. Denn in dem fgl. Schreiben vom 19. Oktober vorigen Jahres, in welchem der König erklärt, dass er sich nicht veranlaßt sehe, die Adresse der Kammer anzunehmen, war auch schon der Satz enthalten: "Uebrigens hat auch der Ton, in welchem einzelne Kammerredner bei der Adressdebatte verfielen in hohem Grade Mein Befremden erregt." Die im Abchied jetzt wiederholte königliche Rüge hat nicht vereilt, in gewissen Kreisen der ultramontanen Partei einen tieferen Eindruck zu machen. Wir wollen es vom konstitutionellen Standpunkte aus dahin gestellt sein lassen, ob eine derartige Kritik der Kammerverhandlungen zulässig erscheint, — begründet ist dieselbe eben in jeder Beziehung und verdient ist sie leider auch: denn parlamentarische Sitte und Anstand sind während des letzten Landtages nur zu oft in der Kammer so zu sagen mit Füßen getreten worden. Zunächst trifft die königliche Rüge den Präsidenten der Kammer, den Kammerherren und Regierungsrath Freiherrn v. Ow, ein viel zu gutmütiger Mann, um in einer solchen Kammer die nötige strenge Zucht und Ordnung aufrecht zu erhalten. — Wie der "Deutsche Merkur" mitthilft, erhielt vor wenigen Tagen Stiftspropst Dr. v. Döllinger ein von 45 Bischöfen der protestantisch-bischöflichen Kirche von Amerika unterzeichnetes Schreiben, welches vor der Theilnahme, welche die alt-katholischen Bestrebungen und insbesondere die unter Döllinger's Leitung unternommenen Bemühungen für kirchliche Wiedervereinigung jenseits des Ozeans finden, Zeugniß ablegt.

Augsburg 1. August. Ueber eine Verhandlung gegen den katholischen Pfarrer Gessel, vor dem Schwurgericht in Augsburg berichtet die "Süd. Reichs-P." Fal. Gessel, kath. Pfarrer in Ottakr., ist angeklagt zweier Vergehen wider die öffentliche Ordnung nach § 130 des R.-Str.-G.-B., dreier Vergehen der Bekleidung des deutschen Kaisers, eines Vergehens in Bezug auf Religion nach § 160 des R.-Str.-G.-B. Der Angeklagte, 41 Jahre alt, seit 1874 Pfarrer in Ottakr., ist beschuldigt, theils in Predigten, theils in Christenlehren folgende Neuerungen gemacht zu haben: 1) Der damalige König von Preußen hat die zwischen Preußen und dem päpstlichen Stuhle geschlossenen Verträge gebrochen. 2) Die katholische Religion ist in Deutschland vertilgt und das deutsche Reich lutherisch gemacht werden. Deutschland und Bayern werden daran zu Grunde gehen, dass es die lutherische Religion annehmen müsse. 3) Den Wirths-Johann Michael Schiebel von Hub fragte er, als er an dessen Hof die Kriegsdenkmuße bemerkte, woher er sie habe. Dieser antwortete: aus dem französischen Feldzuge. Hierauf sagte Pfarrer Gessel mit Bezug auf den damaligen Einmarsch der deutschen Heere in Frankreich und den deutschen Kaiser als obersten Kriegsherrn: "Weiter als bis an die Grenze braucht kein Soldat zu folgen; wer die Grenze überschreitet, sei es Kaiser, König oder Soldat, der soll bestraft werden wie ein Hund." 4) Er zitierte, angeblich aus Luthers Thürheden, in einer Christenlehre einige Stellen, die wir ob ihres unreinen Inhalts nicht wiedergeben können, ebensowenig die 5) gemachten Bemerkungen über die Zivilehe. Pfarrer Gessel wurde bereits vom k. Bezirksgerichte Pfarrkirchen am 20. Mai 1871 wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt, auf sein Gefuch hin aber begnadigt. Er behauptet, die ganze Anklage beruhe auf Gehässigkeit, welche der liberale Bürgermeister Brach und Anhang gegen ihn hervorriefen. In Ottakr. habe man ihn schon nicht als Pfarrer haben wollen und habe den Verweiser zu erhalten gesucht. Er habe bei seiner Anunft schon Parteien gefunden, die sich befedeten. Auch seine Vorgänger seien vielfach angefeindet worden. Der Bürgermeister könne keinen Geistlichen leiden und stelle besonders ihn als unfähig zur Führung einer Pfarrrei hin. Die ihm zur Last gelegten Ausdrücke habe er nicht so gemacht, sie seien aus ihrem Zusammenhange gerissen, entstellt und falsch verstanden worden. Von den Hohenstoltern zur Zeit der Reformation habe er gesprochen, nicht vom jetzigen Kaiser. Er habe allerdings von Verträgen mit dem Papste, die gebrochen worden seien, gepredigt, allein nach seiner durchaus objektiven Darstellung hätte man seine Ausdrücke ebenso gut auf Österreich und Spanien beziehen können. Die Zeugen, darunter viele Christenlebhaftige, deponierten sehr zu Ungunsten des Verklagten. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängniß.

Paris, 1. August. Vier Mitglieder des Untersuchungs-Ausschusses über die Vorgänge in der polytechnischen Schule haben ein Schreiben an Cailloux, den Präsidenten dieser Kommission (derselbe ist den Jesuiten sehr ergeben) gerichtet, um Einspruch gegen den vom Amtsblatt veröffentlichten Bericht zu erheben, da derselbe nicht dem von dem Ausschuss beschlossenen Wortlaut gemäß ist. Die "Republique Française" veröffentlicht heute dieses Schreiben. Es lautet:

Paris, 28. Juli. Mein Herr und lieber Präsident! Sie haben nicht vergessen, dass einer von uns in unserer letzten Sitzung den Wunsch ausdrückte, dass der Bericht des Herrn Verbrand anstatt plötzlich zu schließen, in seinem letzten Theile die Betrachtungen wiedergebe, welche wir bei dem ersten Theile seiner Arbeit gemacht und welche das bei den Prüfungen der Schule befolgte System zum Gegenstande hatten. Die Redaktion dieser Schlussbetrachtung war Herrn Verbrand überlassen worden, und wir bielten einen neuen Vortrag des Berichtes für überflüssig. Wir waren sehr erregt, wir können Ihnen dies nicht verhehlen, als wir in dem neuen Paragraphen einen sehr scharfen Tadel gegen die Böblinge der pariser Lyceen wegen des von ihnen in dem Prüfungsaal erhobenen Protestes fanden; zu verschiedenen Malen war diese Ansicht in dem Ausschuss ausgedrückt worden, aber Sie müssen sich erinnern, dass wir uns derselben nicht anschließen wollten. Wir glaubten, dass, wenn die Untersuchung in

unserm Geist Zweifel zurückließ und nicht gestattete, irgendemand anzuladen, es im Interesse der Verhüting gut sei, die bei der Wahl der Prüfungs-Gegenstände angewandte Art und Weise unserer Beurtheilung zu unterwerfen. Sie begreifen, mein Herr und lieber Präsident, dass von solchen Gesinnungen bestellt, wir bei dem Lesen eines Paragraphen, der unseren Absichten nicht entsprach, peinlich berühr wurden. Sie würden gewisslich dem Ausschuss diese Zusatz-Phrase unterbreitet haben, wenn Sie derselben die Tragweite zugeschrieben hätten, welche wir ihr beilegen; aber Sie werden begreifen, dass wir geglaubt haben, Ihnen auf freundliche Weise unser Bedauern über dieses Mißverständniß ausdrücken zu müssen und einen Punkt genau anzugeben, betreffs dessen die Thatachen der Untersuchung in dem Ausschuss verschiedene Beurtheilungen hervorruhen könnten. — Wollen Sie z. General Chanal, Deputirter; Louis Lacaze, Deputirter; Sidi Carnot, Deputirter; General Dubois-Tresnay, Deputirter.

Die "Republique Française" bemerkt zu diesem Schreiben:

Alles ist sonderbar in dieser Angelegenheit. Man weiß, dass die Böblinge der Jesuitenpatres mit vollständiger Einstimme erklärt haben, die Aufgabe für die Prüfung nicht gefasst zu haben. Der Vater du Lac tritt entschlossen für die Behauptung seiner Böblinge ein. Nun hat aber der Minister des öffentlichen Unterrichts mit nicht weniger Bestimmtheit behauptet, dass die Jesuitenschule sich unter der Zahl der Anstalten befindet, welche von der "Indiscretion" Kenntnis hatten. Dieser Widerspruch reicht schon hin, um Erstaunen zu erregen. Aber es liegt noch mehr vor. Herr Verbrand bemühte sich in seinem Bericht, den man nicht der Feindseligkeit gegen die Jesuiten beschuldigen wird, zu beweisen, dass die Böblinge des Kapitäns Javary, d. h. die Böblinge der Jesuitenschule und des Kollegiums Rollin, Dank der Kenntnis, die sie von den Gewohnheiten ihres Professors hatten, den Gegenstand der Aufgabe errathen konnten. Die Beweisführung des Herrn Verbrand sagt also: Ja! Die Böblinge der Jesuiten kannten die Aufgabe, aber die Sache kann sich durch eine "Indiscretion" erklären, die nicht angezeigt werden kann. Aber wenn man die Böblinge der Jesuiten fragt, so antworten sie mit einem Tone außerordentlicher Gelassenheit: "Nein! Wir kannten die Aufgabe nicht." Man wird zugeben, dass dieses alles sehr sonderbar ist.

Im Innern arbeitet die Kammer ruhig am Budget weiter und der Senat beschäftigt sich wesentlich mit Zusehen. Die liberalen Abgeordneten sind vergnügt darüber, dass sie ein gutes Unterrichtsbudget zu Stande gebracht haben. Das ist wenigstens eine Leistung, mit der sie vor die Wähler treten können, und ihre Pläne verfehlten denn auch nicht, begeisterte Lobgesänge über die Reformen auf dem Gebiete des Unterrichtswesens anzustimmen, welche durch die Thätigkeit der Budgetkommission und der Republikaner möglich geworden seien.

London, 1. August. Die gestrigen Verhandlungen des englischen Parlaments über die Orientfrage liegen jetzt in ausführlichem Bericht vor und zeigen in noch höherem Masse den schleppenden, fast schlaftrigen Gang ohne jedweden dramatischen Effekt, weder volles Vertrauen, noch Misstrauen atmend. Im Oberhause verlief die Verhandlung "programmäßig" wie folgt:

Die Debatte wird durch Lord Straeden und Comptell durch Einbringung seines bekannten Antrages eröffnet. Lord Comptell dankt dem Antragsteller für sein Vorgeben und giebt zu, dass die Lage im Orient eine äußerst kritische sei, welche genügenden Grund zur Besorgniß gewahre. Ein großer Theil der Verantwortlichkeit ruhe auf der türkischen Regierung. Bezüglich der Andraffyschen Note ist er der Ansicht, dass in Kenntniß der Vorgänge England einen gleichen Anteil mit den anderen Mächten in der Aktion habe beanspruchen müssen, und giebt dann zu, dass es für die englische Regierung unmöglich gewesen sein würde, die in jener Note gemachten Vorschläge in Baustich und Bogen anzunehmen. Sein Tadel beschränkt sich darauf, dass die Regierung die ganze Vorlage kurzweg angenommen habe, ohne sich zu bemühen, das vormalige Einvernehmen herzustellen durch den Versuch, an Stelle unannehmbarer Klauseln andere zu setzen und andere zu retten, so z. B. die auf einen Waffenstillstand bezüglichen. Er billigt die von der Regierung befolgte Politik vollständiger Nichteinmischung, sowie auch, dass die Regierung sich nicht bindend zur beständigen Beobachtung eben dieser Nichteinmischungspolitik verpflichtet habe. Er ist auch erfreut darüber, dass die Regierung den Wunsch, den Vertrag von 1856 innezuhalten, ausgeprochen habe, zusammen mit Bewahrung der Integrität des türkischen Reiches. Was nun den Zustand der aufständischen Provinzen angehe, so glaube er indessen, dass sich für dieselben doch eine annehmbare Form der Selbstverwaltung werde finden lassen; was in Syrien, sei auch dort möglich. Er hoffe, dass die Regierung in dem Sinne ihren Einfluss in Konstantinopel werde spielen lassen, denn das englische Volk würde schwerlich damit zufrieden sein, nach Beendigung des Krieges die Christen in einen noch schlimmeren Zustand sinken zu sehen, als sie sich in den letzten zwanzig Jahren befunden. Lord Derby anerkennt die gemäßigte Haltung der beiden Redner und wünscht, dass das Haus zu einem möglichst einstimmigen Beschluss über die Frage gelange. Er meint deshalb, es sei ungeeignet, den Antrag so formulirt zu lassen, dass die Aufrechterhaltung des pariser Vertrages von 1856 besonders betont werde, denn dadurch würde der Eindruck hervorgerufen werden, als seien die in solchen niedergelegten Grundsätze in Gefahr, in die Brüche zu gehen. Er wolle nun auf einige Bemerkungen Lord Granville's eingehen. Mit manchen derselben stimme er vollkommen überein. So glaube er, dass Seitens der türkischen Regierung manche Fehler in der Verwaltung der Landesangelegenheiten während der letzten Jahre vorliegen, ja, diese Fehler hätten während der letzten Monate erhöhte Folgen gehabt. Auf die Kritik des Vorredners bezüglich der Andraffyschen Note eingehend, meint der Minister, dass kein Grund dafür vorliege, anzunehmen, die drei kaiserlichen Regierungen hätten beabsichtigt, die Sache auch ohne Buziehung Englands endgültig zu erledigen. Die Initiative Österreichs und Russlands in Schritten eines gemeinsamen Verfahrens der Grossmächte in orientalischen Angelegenheiten sei durch die grenznachbarliche Stellung beider Staaten durchaus gerechtfertigt. Er freue sich, hinsichtlich des Berliner Memorandum mit dem Vorredner einer Ansicht zu sein. Seine Anschauung über die Sache sei aus dem veröffentlichten Blaubuche ersichtlich. Die Abfassung der Flotte nach der Besita-Bai habe zu einer Zeit stattgefunden, als die äußerste Aufregung in der moslemannischen Bevölkerung den Schuh der Christen unumgänglich notwendig machte. Die Handlung, deren sich England keinesfalls zu schämen brauche, habe dessen moralischen Einfluss bedeutend gehoben. Wenn der Vorredner den Vorwurf erhebe, dass Englands Politik zwar die der Neutralität, aber einer wohlwollenden Neutralität gewesen sei, so müsse er entgegnen, die Regierung habe sich bemüht, beiden Parteien gerecht zu werden. Der Lauf der Politik, den die Regierung vorbrachte, müsse von vielen Umständen abhängen. Der Vorwurf, ein grundfester Gegner der Autonomie für die aufständischen Provinzen zu sein, verdiene er nicht, wie aus dem Blaubuche hervorgehe: "Unser Politik", so schließt der Minister, "wird es sein, so weit wie möglich nicht in isolirter Stellung, sondern in Einverständnisse mit den Mächten zu handeln, keine unmöglichen Anforderungen zu stellen und uns nicht in weitläufige Pläne einzulassen, deren volle Tragweite sich nicht übersehen lässt. Die englische Regierung kann und will nur thun Alles, was sich thun lässt, nämlich eine befriedigende und dauernde Ordnung im Orient herzustellen und so die beständige Drohung eines europäischen Krieges entfernen. (Beifall.) Nach einigen weiteren Bemerkungen Lord Stanley's of Alderley, Lord Hammon's &c. und so weiter wird der Antrag verworfen.

In der gestrigen Unterhaussitzung begann nach Erledigung anderer Angelegenheiten die Erörterung über den Aufstand in der Türkei, indem Herr Charles Bruce die Mitteilungen des neuesten Blaubuches über den Gegenstand zur Sprache brachte. Zuerst ist über diese Angelegenheit noch voranzuschicken, dass die zwischen den beiden großen Parteien, und genauer gesprochen zwischen den Geschäftsführern geprägten Verhandlungen, die bereits an dieser Stelle erwähnt wurden, den gemischtsten Erfolg gehabt hatten. Unter den vier Anträgen über die orientalische Frage hatte mir einer, den vorgezogenen liberalen Lord Edmond Fitzmaurice eingebracht hatte, soviel Schärfe besaßen, dass er die Frage des Vertrauens oder Misstrauens in die Politik der Regierung in den Vordergrund bringen konnte. Er äußerte nämlich Bedauern darüber, dass die Regierung nicht dem von ihr abgelehnten Berliner Memorandum einen Gegen-vorschlag entgegengestellt habe. In der zwölften Stunde hat sich der Antragsteller nun veranlasst gefunden, seine Erklärung dahin abzuändern, dass die Böblinge in der neuen Form das Haus einladet aufzustellen, die Regierung würde den Interessen des Friedens Rechnung tragen, indem sie den Mächten, welche mit der Pforte in Vertragsverhältnissen stehen, Vorschläge mache, um den aufständischen Provinzen die Vorteile der Selbstverwaltung zu sichern. Nach dieser Abänderung erschien der glatte Ablauf der Debatte, der ja in der That schon früher angenommen worden war, kaum mehr zweifelhaft und Herr Bruce nahm allerdings vor ziemlich stark besetzten Bänken das Wort, doch fehlte von Anfang an die Spannung, mit welcher die Hörer den Reden folgen, wenn ein ernstes politisches Treffen erwartet wird. Der Antrag, an welchen sich die Auseinandersetzungen des Redners anlehnen, lautet in seiner neuen Form dahin, das Haus sei der Meinung, d. i. M. Regierung sollte, während sie einerseits die bestehenden Verträge schuldige Aktion aufrecht erhalte, anderseits ihren Einfluss auf die allgemeine Wohlfahrt und gleichmäßige Behandlung der verschiedenen unter der Herrschaft der Pforte stehenden Stämme zu sichern.

Wirkliches Interesse erlangte die Erörterung erst, als Herr Gladstone, der letzte Staatmann aus neuem Kabinett, das in den Krimkrieg hineingetrieben, das Wort nahm und einen Rückblick auf die Geschichte seit jenen Tagen warf. Es wurde in demselben besonders betont, dass man auf Russlands Anteil in dieser ganzen Angelegenheit viel zu viel Gewicht lege. Russland sowohl wie Österreich, führte der Redner aus, hätten beide ihr Bestes zu Gunsten des Friedens gethan. Leider aber seien alle Bemühungen an der Nichterfüllung der türkischen Verhandlungen gescheitert. Dass diese Nichterfüllung weniger aus übler Absicht, als aus der Machtlosigkeit der Regierung in Konstantinopel entstehen sei, räumte Herr Gladstone weiterhin ein, gründete aber auf dieses Zugeständniß alsbald die Forderung nach Garantien für gute und gleichmäßige Regierung, ohne Rücksicht auf Abstammung oder Religion. Die Regierung tadelte er, weil sie sich aus dem europäischen Konzert zurückgezogen habe, statt in demselben Boden des Berliner Memorandums hielt er eine Verständigung für möglich. Uebrigens erkannte er die Schwierigkeiten, mit welchen die Regierung zu kämpfen habe, an, trat aber dringend für die Notwendigkeit ein, das europäische Zusammenwirken wieder herzustellen, um schließlich volkstümliche Regierung und Selbstverwaltung in der Türkei zu erzielen. Durch freundschaftliche Vermittelung sei Vieles zu leisten, noch ehe entscheidende Schläge im Felde geführt werden seien. Schließlich erklärte sich der Redner für Aufrechterhaltung der türkischen Integrität, bemerkte aber nochmals, er verzweifele an guter Verwaltung von einer Zentralstelle in Konstantinopel aus.

Zur Entgegennahme trat der Premier auf, der im Eingang mit ziemlicher Schärfe bedauerte, dass Lord Fitzmaurice nicht doch seinen Antrag in der Form des Tadelsvotums belassen habe, weil der Vorredner in einer Weise geprahnt, die zu einem Tadelsvotum passe. Da inzwischen ein wirklicher Tadelsvotum nicht vorliege, so habe er nicht die Politik der Regierung zu vertheidigen, sondern nur zu erklären. Sie habe zuerst Abstand genommen, die Note des Grafen Andraffy anzunehmen, um nicht vom europäischen Konzert gescheitert zu werden. Allerdings sei die Regierung, weil sie eine Politik der Nichtintervention begünstigte, in eine Sonderstellung gerathen, doch stehe sie heute nicht mehr allein, weil auch die übrigen Mächte heute sich über Nichtintervention geeinigt hätten. Allerdings habe das Ministerium das Berliner Memorandum abgelehnt und keinen Gegen-Vorschlag gemacht, allein welche Ansicht hätte auch ein solcher Vorschlag gehabt. Die britische Flotte sei nicht verstärkt und in die Besita-Bai gefahren, um die Dardanellen zu schützen, sondern um britische Interessen zu wahren und überhaupt als Symbol britischer Autorität in jenen Gewässern zu dienen. Eine Drohung sei keineswegs beabsichtigt, sondern nur die Andeutung, dass keine Gebietsveränderung oder Vertheilung in jenem Theil der Welt vorgenommen werden dürfe ohne Englands Bormissen und Einwilligung. Die Türkei sei gegenwärtig in einen Bürgerkrieg verwickelt und er sehe keinen Grund, warum England sich eimischen solle. Falls eine günstige Gelegenheit sich biete, werde das Land übrigens bereit sein, in Übereinstimmung mit seinen Alliierten zu handeln und er hoffe, dass alsdann ihre Bemühungen mit Erfolg gekrönt würden, denn er glaube nicht, dass der heutige Zustand lange aufzuhalten könne. Der Vorräder der Opposition, der die Erörterung schloss, war mit den Ansichten der Regierung einverstanden, fand aber gegen ihre Politik Manches einzuwenden. Die an neutrale Regierungen gerichteten Vorstellungen schienen ihm nicht fräsig genug. Auch hätte er von einer zeitigeren Erörterung des Gegenstandes gute Wirkungen erwartet. Die Abwendung der Flotte nach der Besita-Bai habe viel Missdeutung hervorgerufen, und ihm wäre eine offene, männliche Darlegung britischer Politik lieber gewesen. Antrag und Amendmenten hielt er übrigens für gleich ungewiss und empfahl sie somit und sondes einzuziehen, was auch geschah. Die Erörterung war damit erledigt.

Madrid. Hinsichtlich der Reise der Königin Isabella nach Spanien wird aus Paris gemeldet, dass dieselbe hauptsächlich ihren Grund in den Ansichten auf eine Heirath zwischen König Alfonso mit der Infantin Mercedes, Tochter des Herzogs von Montpensier, finde. Die Königin wird daher auch nach einem Badeaufenthalt bei Santander erst gegen Ende September in Madrid eintreffen und dort nur kurze Zeit verweilen, um darauf in Sevilla mit ihrer Schwester, der Herzogin von Montpensier, zusammenzutreffen. Was die Heirath anbelangt, so behält sich das spanische Ministerium vor, diese Frage näher zu behandeln und die Schwester des Königs, die Gräfin von Girona, hält die Angelegenheit für keineswegs dringend. Dieselbe wird indessen wahrscheinlich doch zum Abschluss kommen, einmal wegen der natürlichen Neigung des Königs und der Wünsche seiner Mutter und der sonst dabei interessirten Persönlichkeiten, und zweitens aus dem einfachen Grunde, weil gegenwärtig keine andere Prinzessin vorhanden ist, welche die spanische Nation so gern als Königin aufnehmen würde. Der spanische Botschafter begleitet die Königin Isabella bis an die spanische Grenze und begiebt sich sodann nach Rondon, dem Familiensitz des Herzogs von Montpensier, wo er einige Tage verweilen und mit Don Franz von Ussí, dem Gatten der Königin, zusammentreffen soll. Von der Regierungspresse wird der eben erwähnte Heirathsplana als gänzlich erfunden bezeichnet.

Alexandria, 21. Juli. Der zwischen der egyptischen Regierung und den von ihr selbst eingesetzten internationalen Gerichten ausgetriebene Streit ist in ein neues, ernste Bedenken erregendes Stadium getreten. Das Tribunal hatte gestern, so schreibt man der "A. Blg.", seine Rechtsprechung bis dahin eingestellt, während der Appellhof seine Thätigkeit wieder aufnimmt, d. i. bis zum 28. Okt. und das in Folge des Widerstandes, dem es seitens der Behörden begegnete. Als es behufs einer Urtheilsvollstreckung im Ramleh-Palast vom Gouverneur Unterstützung verlangte, wurde es lachend abgewiesen. Der Ramleh-Palast ist Eigentum des Khedive und von einem Theil seiner Frau weltbewohnt; die Vollstreckung sollte im Interesse von Gläubigen der Daira vorgenommen werden. Wohin soll das

führen? rief man an der Börse aus, entweder zum Einschreiten der Mächte oder zum Zustande der Vogelfreiheit durch Aufhebung aller Justiz! Die gestrige Börse war in Folge der soeben erst bekannt gewordenen Maßnahmen des Präsidenten des Tribunals, des Holländers Haakmann, eine ungewöhnlich erregte. Die für die ägyptischen Papiere notirten Kurse blieben, was unerhört, hinter den aus London gemeldeten zurück, und trotzdem fand sich kein Abnehmer. Die vom Präsidenten Haakmann verfügte Hinausschiebung eines Urtheilspruchs betraf die Klage eines gewissen Barozi gegen Heliopus; die Begründung derselben ist folgendermaßen gefasst:

In Erwägung, daß die Gerichte unter staatlicher Garantie einer sollichen Vollstreckung Urtheile fällen, in Erwägung des Umstandes, daß diese Garantie für den Augenblick aufgehoben ist, in Erwägung, daß durch solche Aufhebung die Urtheilsprüche der unumstrittenen Autorität beraubt werden, mit welchen das Gesetz sie bekleidet und zu deren Beobachtung der Artikel 515 des Zivil- und Handelsrechts die Gerichtshöfe in der Person ihrer Präsidenten anhält, in Erwägung schließlich, daß die Aufhebung, gedachte Garantie die bestehenden Regeln des Gerichtsverfahrens in sich schließt, wird die Angelegenheit auf die Sitzung dieses Gerichtshofs Sonnabend, den 28. Oktober 1876 verschoben, es sei denn, daß vor diesem Datum die legale Sicherstellung einer sachlichen Urtheilsvollstreckung gewonnen wäre.

Das Vorgehen Haakmann's findet in der regierungsfreundlichen Presse eine strenge Kritik, indem ihm vorgehalten wird, daß er nicht berechtigt gewesen sei, den Gang des Gerichtsverfahrens zu unterbrechen; im Falle ihm die Erfüllung seiner Pflichten als eine unmöglichkeit erscheine, könne er nur seinen Abschied nehmen, nicht aber den allein in diesem Falle Gültigkeit habenden Entschließungen des Appellgerichts aus eigener Initiative vorgreifen.

## Lokales und Provinzielles.

**Posen.** 4. August

**Personalien.** Dr. Krug, der vor kurzem einen Ruf als Oberlehrer an die Realschule zu Oldenburg abgelehnt hat, ist zum Oberlehrer an der hiesigen Realschule ernannt worden.

**Brämie.** Auf die Ermittlung des Mörders der am 22. Juli d. J. im lonsler See gefundenen Leiche der 14-jährigen Tochter des Einliegers Kociszewski aus Radlowe hat die Regierung zu Bromberg eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt.

**Bromberg.** 3. August. [Londoner Befest.] Am Sonnabend feierte am 2. d. M. im Garten des "Neuen Schützenhauses" ein Sommerfest. Die städtische Kapelle des Herrn Frantz und der Sängerbund des Landwehrvereins konzertierten abwechselnd. Innerhalb des zweiten Konzerttheiles richtete Dr. Regierungsrath Junglaß eine Anfrage an die Anwesenden, welche mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser schloß. Ein Feuerwerk bildete zwar den Schlüß des Festes im Freien, indeß blieb ein Theil der Gesellschaft in den Sälen des Lokals bei Musik und Tanz noch längere Zeit vereint. — Auf dem früher Bode'schen Grundstück (jetzt Mittler) am Kornmarkt wurden gestern beim Fundamentgraben zum Bewußt der Anlage einer Bäckerei zwei Menschenknochen gefunden.

## Staats- und Volkswirtschaft.

**\*\* Berlin.** 3. August. Wochenübersicht der Reichsbank vom 31. Juli 1876.

### Aktiva.

1) Metallbest (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländ. Münzen)	Mt. 132,000	Abn. 2,204,000
2) Bestand an Reichstagscheinchen	41,738,000	Zun. 50,000
3) Bestand an Roten anderer Banken	18,419,000	Zun. 3,148,000
4) Bestand an Wechseln	431,145,000	Abn. 6,020,000
5) Bestand an Lombardsforderungen	47,978,000	Zun. 2,859,000
6) Bestand an Effekten	164,000	Zun. 13,000
7) Bestand an sonstigen Aktiven	34,751,000	Zun. 1,182,000
<b>Passiva.</b>		
8) das Grundkapital	Mt. 119,996,000	unverändert
9) der Reservefonds	12,000,000	unverändert
10) der Betrag der umlaufenden Noten	690,694,000	Abn. 1,830,000
11) die sonstigen täglich fäll. Verbindlichkeiten	207,115,000	Zun. 1,688,000
12) die an eine Kündigungssfrist gebundenen Verbindlichkeiten	63,797,000	Abn. 1,395,000
13) die sonstigen Passiva	1,058,000	Abn. 103,000

Auch in der letzten Julitwoche hat sich der günstige Geldstand der beiden Vorwochen behauptet. Die vorstehende Wochenübersicht der Reichsbank verzeichnet einen neuerlichen Geldzufluß von gegen fünf Millionen Mark. Die Summe ist an sich nicht groß, er scheint aber verhältnismäßig bedeutend, da der Ultimo in die Berichtsperiode fiel. Ein Einzelnen hat das Wechselportefeuille eine Erleichterung von über sechs Millionen erfahren, während die Lombardbestände sich gegen drei Millionen erhöhten. Andererseits sind auch die Giroguthaben um mehr denn  $\frac{2}{3}$  Millionen gestiegen. Die Depositen wiesen eine Abnahme von  $\frac{1}{2}$  Millionen auf. Der Vorraum von Reichstagscheinchen und fremden Banknoten hat sich um  $\frac{1}{2}$  Millionen vermehrt, dagegen ist der Metallbest um  $\frac{1}{2}$  Millionen geschwächt. Die Notenirkulation konnte um gegen 2 Millionen reduziert werden. Der ungeheure Notenumlauf beschränkt sich jetzt auf ca. 99½ Millionen und, da das steuerfreie Kontingent der Reichsbank durch die Publikation des Notenvertrages der landgräflich Hessen-Homburgischen Landesbank nunmehr 272,720,000 M. ausmacht, so enthält die Notenreserve gegenwärtig nicht weniger als rund 173½ Millionen Mark.

**Chemnitz.** 2. August. [Produkten-Börsenbericht] Wetter: Auftänder. Weizen unverändert, gelber 210—220 M., weißer 216—228 Mark. Roggen fest, inländischer 189—195 M., fremder 165—174 M., Gerste — M., Hafer 180—190 M., Mais 140—145 M., Erbsen, Maize und Futter —, Alles pr. 1000 Kilo.

Weizengeh. Nr. 00 35 M., Nr. 0 33 M., Nr. 1 30 M., Roggen geh. Nr. 0 27,00 M., Nr. 1 26,00 M. pr. 100 Kilo.

**\*\* Wien.** 1. August. [Ein Finanzgeschäft.] Über eine interessante finanzielle Transaktion wissen die wiener Blätter folgendes zu berichten: Es habe sich bei der Liquidation der österreichischen Seehandlung ein Defizit von ca.  $\frac{1}{2}$  Million ergeben, welches durch Verkauf von 7500 Stück Unionbankaktien (welche die Seehandlung aus der Übergabe ihrer Aktiven an die Unionbank besitzt) gedeckt werden sollte. Auf gestellte Anfrage offerierte die Unionbank fl. 62,57 als einen akzeptablen Preis betrachtet werden muß. Einer der Liquidatoren der Seehandlung machte sich anhängig, einen besseren Verkauf zu erzielen und ist ihm dies in der That gelungen, indem er den Posten mit 65 fl. und Zinsenvergütung zu begeben wußte. Bezeichnungsweise herrscht bisher noch das vollkommen Geheimnis, ob man sich in den verschiedenartigsten Vermutungen über ihn ergebt. Während die Einen von einem ausländischen Erzieher wissen wollen, halten Andere wieder eine wiener Mittelbank für die Erwerberin.

**\*\* Wien.** 3. August. Die Einnahmen der Lombardie betragen in der Woche vom 22. bis zum 28. Juli 726,879 fl. ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs eine Mehreinnahme von 5270 fl. Der Finanzminister hat, wie die "Presse" meldet, die von der Nationalbank in Antrag gebrachte Sitzung des Umtausches von Barrensilber gegen Noten abgelehnt und erklärt, daß das Minnamt mit der Silberausprägung vorzuhören werde.

**\*\* Neues russisches Papiergefeld.** Das russische Finamministerium hat die Absicht, die jetzigen Papierrubel aus dem Verkehr zu ziehen, um das gegenwärtig in großer Menge irreführende falsche Geld aus der Welt zu schaffen. Aus St. Petersburg wird nun vom 31. Juli geschrieben: In der Expedition zur Herstellung der Reichspapiere herrscht jetzt eine überaus rege Thätigkeit um die Kreditbillets neuesten Musters so zu beschleunigen, daß sie mit dem Beginn des neuen Jahres in den Verkehr gebracht werden können. Die Zeichnung des neuen Papiergefiedes ist so fein und kunstvoll, daß wir versichert wird, die äußerste Grenze der typographischen Kunst erreicht sein dürfte. Es ist zu befürchten, daß der Erfolg dieser Maßregel nur sehr gering sein werde, da das Treiben der Fälscher durch die Unkenntniß der Bevölkerung im Lesen und Schreiben nur zu sehr gefördert wird. Was helfen typographische Schwierigkeiten, wenn, wie die Erfahrung ergibt, die größten orthographischen und grammatischen Schnitzer auf den gefälschten Kreditbillets der flotten Zirkulation der letzteren nicht hinderlich waren.

**\*\* Antwerpen.** 2. August. Bei der heutigen Wollauktion waren 3376 Ballen angeboten, von denen 1349 Ballen verkauft wurden. Das Geschäft war animiert. Einige Partien Buenos-Aires-Wollen stellten sich um 5 Cent höher als gestern; Montevideo-Wollen waren unverändert.

**\*\* Paris.** 3. August. Bankausweis.

	Zunahme.	7,189,000 Frs.
Notenumlauf	32,789,000	"
Guthaben des Staatschages	30,000	"
Portefeuille der Hauptbank und der Filialen	36,718,000	"
Gesamt-Vorschüsse	149,000	"
Laufende Rechnungen der Privaten	69,476,000	"

**\*\* London.** 3. August. Bankausweis.

Totalreserve	Abnahme	Pfd. Sterl.
Notenumlauf	101,085	Pfd. Sterl.
Kreditlinie	627,340	"
Portefeuille	515,255	"
Guth. der Priv.	1,115,191	"
do. des Staats	271,907	"
Notenreserve	321,333	"
Regierungssicherheiten	28,820	"
Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven:	296,348	"
Clearinghouse-Umsatz 103 Mill., gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs Abnahme 11 Mill.		

**\*\* London.** 3. August. Die heutige Wollauktion verlief in fester Stimmung.

## Vermischtes.

**\* Berlin.** 3. Aug. Dr. Julius Klein, der bekannte Schriftsteller, Verfasser der (unvollendeten) "Geschichte des Dramas" ist der "Post" infolge heute Vormittag verstorben.

**\* Explosion.** Über eine von schrecklichen Folgen begleitete Kessel-Explosion heißtet man der "Post" ans Sommerfest folgendes mit: In der Maschinenbau-Anstalt von H. Müller explodirte am Sonnabend Nachmittag unter furchtbaren Detonationen der in einem kleinen Hause aufgestellte Dampfkessel. Die dadurch entstandenen Verwüstungen sind ungeheuer und find leider auch sechs Menschenleben zu beklagen, worunter sich der Maschinenvorarbeiter und der einzige Sohn des Töpfermeisters Roll befinden. Als Ursache der schrecklichen Katastrophe wird die ungenügende Speisung des Kessels bezeichnet. Die bald eingeleitete Untersuchung wird hoffentlich Klarheit bringen.

**\* Die Schöppenstedter sterben aus.** Unter dieser Überschrift bringt das neueste Heft der Petermann'schen Mitteilungen die Notiz, daß sowohl in Schöppenstedt, wie in Schilda und Politz nach den Resultaten der drei letzten Volkszählungen die Einwohnerzahl zurückgegangen ist. Es zählte Schöppenstedt 1867: 2928; 1871: 2874 und 1875: 2833 Einwohner; die Schildauer Bevölkerung betrug 1867: 1561; 1871: 1489 und 1875: 1409 Seelen; Politz hatte 1867: 2455; 1871: 2241 und 1875: 2145 Einwohner.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

In Vertretung: Oskar Eisner in Posen.

Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Telegraphische Nachrichten.

**München.** 3. August. Der Kronprinz und die Kronprinzessin sind heute früh 6½ Uhr über Ulm wieder abgereist. Der Kaiser von Brasilien wird heute Abend hier eintreffen.

**Berlin.** 2. August. Die Deputirtenkammer nahm in ihrer heutigen Sitzung den Gejegentwurf, durch welchen die Regierung ermächtigt wird, die Ausprägung von Fünf-Franks-Stücken zu beschränken, in erster Lesung an. Im Laufe der Debatte richtete der Deputirte Guypot an den Finanzminister Léon Say eine Anfrage darüber, welche Instruktionen man den diplomatischen Vertretern Frankreichs im Auslande angesichts des Münzlongresses ertheilen werde. Der Finanzminister erklärte, es sei inopportunit diese Frage schon jetzt zu beantworten und ersuchte Guypot bis nach dem Wiederaufzett der Kammern im Oktober zu warten, da der Kongress erst im nächsten Jahre stattfinden solle.

**London.** 3. August. Das "Reuter'sche Bureau" meldet aus Serbien von heute: Man schlägt sich fortgesetzt vor Pandirolo, am gestrigen Tage und heute früh fanden dort mehrere Gefechte statt, der Ausgang war unentschieden. Etwa 2000 Freiwillige von der Drina-Armee haben ihre Reihen verlassen und sich nach Bosnien begeben, um dort einen Parteidienst zu führen.

Dem "Reuter'schen Bureau" wird aus Belgrad vom gestrigen Tage gemeldet: Die Türken haben sich bei Izwor verschanzt. — Tscholak Antsch hat Belopolje eingenommen und bedroht Sjenica — Die beiden bei Belgrad stationirt gewesenen österreichischen Monitors haben sich zurückgezogen.

**Belgrad.** 2. August. Der Regierung wird aus dem Hauptquartier Deligrad vom heutigen Tage gemeldet: Die Türken haben sich unsere ausgedehnte Vertheidigungslinie zu Nutzen gemacht und sind über Gramada in mehrere Ortschaften des Departements Knjaževac eingedrungen, wo sie bedeutende Verwüstungen anrichteten.

**Bukarest.** 3. August. Der neue russische Agent Stuart, überreichte gestern dem Fürsten seine Akkreditiv. — Die holländische Regierung hat der rumänischen Regierung den Wunsch ausgedrückt, eine Handelskonvention mit ihr abzuschließen. — An Stelle Majorescu's ist der Abg. Alexander Barnav Liteanu zum diplomatischen Agenten Rumäniens in Berlin ernannt worden.

**Athen.** 3. August. Der König kehrt am 1. f. Mts hierher zurück. Das Dekret, wonach die Kammer am 18. September eröffnet werden soll, ist dem Könige nach Petersburg zur Unterschrift überendet worden.

**Kairo.** 2. August. Der jetzt veröffentlichte Bericht Billet's über die Finanzlage Ägyptens konstatirt, daß die Einnahmen sich im Ganzen auf 10,953,000 Pfd. Sterl. belaufen können, während die Ausgaben 9,986,000 Pfd. Sterl. betragen.

**Paris.** 3. August. Die "Havas" meldet aus Ragusa vom heutigen Tage: Die Insurgenten befreiten in leichter Nacht die Straße zwischen Trebinje und Ragusa. Mouktar Pascha ist also in Trebinje eingeschlossen.

## Telegraphische Börsenberichte.

**Bonds-Course.**

**Frankfurt a. M.** 3. August. Stilles Geschäft bei wenig veränderten Kurien.

[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 204, 88. Pariser Wechsel 81, 10. Wiener Wechsel 163, 60. Böhmische Westbahn 148½. Elisabethbahn 124—. Galizier 162½. Franzosen\* 223½. Lombarden\* 59—. Nordwestbahn 102—. Silberrente 56—. Papierrente 53½. Russ. Bodencredit 85—. Russen 1872 —. Amerikaner 1885 102½. 1860er Loos 252, 00. Kreditaktien\* 115—. Destr. Nationalbank 696, 00. Darmst. Bank 104½. Berliner Bankverein 83½. Frankfurter Wechselbank 82½. Destr. Bank 91½. Meininger Bank 76½. Hess. Ludwigsbahn 98½. Oberhessen 73½. Ung. Statthalter 145, 50. Cenr. Pacific 95%. Reichsbank 155%.

\* per medio resp. per ultimo.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 115—. Franzosen 223½. Lombarden 59%, Galizier —. Silberrente —. Papierrente —.

**Wien.** 3. August. Größte Geschäftsstille. Banten, Bahnen wenig verändert, Devis

## Produkten-Börse.

**Berlin.** 3. August. Wind: S. Barometer: 28,3. Thermometer: + 22° R. Witterung: schön, etwas windig. Weizen loko per 1000 Kilogr. 180—228 nach Dual. gef., gelber per diesen Monat —, August—Sept. —, Sept.—Oktbr. 193,50—203 bz., Okt.—Nov. 196,50—198—197,50 bz., Novbr.—Dez. 198,50—200 bz. Roggen loko per 1000 Kilogr. 146—180 nach Dual. gef., russ. 147—151 ab Bahn u. Kabin bz., per diesen Monat 150 bz., August—Sept. do., Sept.—Oktbr. 152—153—152,50 bz., Oktbr.—Novbr. 154—155—154,50 bz., Novbr.—Dez. 155—156—150,50 bz. — Gerste loko per 1000 Kilogr. 140—175 nach Dual. gef., Hafer loko per 1000 Kilogr. 155—198 nach Dual. gef., östl. und westpr. 175—184, russ. 160—180, schwed. 180—195, pomm. und mehl. 192—195 ab Bahn bz., per diesen Monat 154 bz., August—Sept. —, Sept.—Oktbr. 148,50 bz., Okt.—Novbr. 147,50 bz., Novbr.—Dez. do. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 189—225 nach Dual. Futterware 178—190 nach Dual. — Raps per 1000 Kilogr. 29,5—30 bz., Rüböl per 1000 Kilogr. 29—29,5 bz. — Leinöl per 100 Kilogr. ohne Fäss — M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Fäss 65,5 bz., mit Fäss per diesen Monat 65,5—66 bz., August—Sept. do., Sept.—Oktbr. 65,5—66 bz., Oktbr.—Nov. do., Novbr.—Dez. do., Dez.—Jan. — Petroleum (Standard white) per 100 Kilogr. mit Fäss loko 33 bz., per diesen Monat —, August—Sept. 31 bz., Sept.—Oktbr. 30,5 bz. u. B., Okt.—Nov. 30,5—41 bz. — Spiritus per 100 Liter a 100 p.Ct. = 10,000 p.Ct. loko ohne Fäss 47,8 bz., per diesen Monat —, loko mit Fäss per diesen Monat 48—47,1—5 bz., August—Sept. do., Sept.—Oktbr. 48,8—3—6 bz., Okt.—Nov. 48—47,7—48 bz., Novbr.—Dez. 47,6—4—6 bz. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0 28—27, Nr. 0 u. 1 25,50 bis 24,50 Mf. — Roggenmehl Nr. 0 24,25—23, Nr. 0 u. 1 22,75—20,75 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack, per diesen Monat 22,35 bz., August—Sept. 22,25 bz., Sept.—Oktbr. 22,10—22 bz., Okt.—Nov. 22—21,90 bz., Nov.—Dez. 21,90 bz. (B. h. B.)

**Breslau.** 3. August. [Amtlicher Produktionsbericht] — Roggen (per 2000 Pf.) matter, gekündigt. — Etr., abgel. Kündigungs-

**Berlin.** 3. August. Die gestrigen Meldungen von außerhalb hatten recht fest gelautet, namentlich war Preis der hiesigen Steigerung in Franzosen gefolgt. Doch die Erwartung, daß die heutige Börse eine Fortsetzung der steigenden Coursentwicklung bringen werde, wurde getäuscht. Die Geschäftslösigkeit tritt jeder größeren Erwagung hemmend in den Weg, und die Haltung, soweit überhaupt von einer solchen noch die Rede sein kann, wechselt von einem Tage

**Fonds- u. Aktien-Börse.** Pomm. III. r. 100 5 100,25 bz

**Berlin,** den 3 August 1876. Pr. B.-G.-h. Br. fd. 5 100,00 B

**Preußische Fonds und Geld-Course.** do. do. 100 5 101,00 bz G

**Sonsol.** Anleihe 1/4 104,80 bz G

**Staats-Anleihe** 4 98,00 bz

**Staats-Schuld.** 3/4 94,20 bz G

**Kur. u. Nrn. Sch.** 3 92,00 bz

**Do. Deichh. Obl.** 4/5 102,00 G

**Do. Stad.-Obl.** 4/5 102,90 B

**Do. do.** 3/5 93,00 bz

**Görl. Stadt.-Anl.** 4/5 102,00 bz

**Hainprovinz** do. 4/5 103,00 B

**Schles. d. B. Kfm.** 5 101,50 bz G

**Pfandbriefe:**

**Berliner** 4/5 102,90 B

**do. 5 106,50 B**

**Brandsh. Central** 4 95,90 G

**Kur. u. Neumärk.** 3/4 85,50 G

**do. neue 3/5 85,40 B**

**do. 4 96,10 bz B**

**do. neue 4/5 104,00 G**

**R. Brandsh. Cred.** 4

**Ostpreußische** 3/4 86,25 bz

**do. 4 95,60 G**

**do. 4/5 102,50 G**

**Pommersche** 3/4 84,90 B

**do. 4 96,00 B**

**do. 4/5 103,00 bz G**

**Poensche, neue** 4 95,20 bz

**Sächsische** 4 85,00 G

**Schlesische** 3/4 85,00 G

**do. alte A. u. C.** 4 84,50 G

**do. A. u. C.** 4 84,50 G

**Weißr. rittersh.** 3/4 84,50 B

**do. 4 95,20 bz**

**do. 4/5 102,25 bz**

**do. II. Serie 5 107,75 bz**

**do. neue 4 94,25 bz**

**do. 4/5 101,90 bz**

**Rentenbriefe:**

**Kur. u. Neumärk.** 4 97,70 bz

**Pommersche** 4 97,30 B

**Posensche** 4 96,90 bz

**Preußische** 4 96,00 G

**Kur. u. Westfäl.** 4 97,60 G

**do. 4 97,25 bz**

**Sächsische** 4 96,70 bz

**Ausländische Fonds.**

**Amerik. r. 1881/6 105,20 bz**

**do. do. 1885/6 100,75 bz G**

**do. do. Vds. (fund.) 5 102,90 B**

**Norweg. Anl. 4/5 97,00 G**

**New-Yrk. Std.-A 7 103,00 bz B**

**do. Goldan 6 101,50 G**

**New Jersey 7 97,75 bz**

**do. Pap.-Rente 4/5 56,00 bz G**

**do. 250 fl. 1854/4 94,75 B**

**do. Cr. 100 fl. 1858/5 293,90 bz**

**do. Zott.-A. v. 1860/5 98,30 bz G**

**do. do. 1864/5 254,00 B**

**do. do. 1864/5 148,00 bz**

**do. Schäf. 1/6 83,50 B**

**do. do. kleine 6 84,25 G**

**do. do. II. 5 80,00 bz**

**Italienische Rente 5 72,10 G**

**do. Tabak-Obl 6 102,00 G**

**do. do. Aktion 6 709,00 bz**

**Rumänier 8 91,20 bz**

**Finnische Loope 4**

**Russ. Centr.-Bod. 5**

**do. Engl. A. 1822/5 90,50 G**

**do. do. 1862/5 90,50 bz**

**do. do. 1872/5 90,50 bz G**

**do. do. 1873/5 90,50 bz G**

**do. Bod. Credit 4/5 85,10 bz**

**do. Pr. A. v. 1864/5 167,75 bz**

**do. do. 1866/5 167,50 bz**

**do. 5. A. Stieg. 4**

**do. 6. do. 5 91,90 bz**

**do. do. 100,25 bz**

**do. do. 1873/5 90,50 bz G**

**do. do. 1875/5 82,75 bz**

**do. do. Liquidat. 4**

**Türk. Anl. v. 1863/5 11,10 G**

**do. do. v. 1869/6 11,10 G**

**do. Silbergulden 163,90 bz**

**do. 167,00 G**

**Russ. Noten 266,40 bz**

**\* Wechsel-Course.**

**Deutsche Fonds.** Amsterd. 100 fl. 8 L. 169,10 bz

do. 109 fl. 1 M. 168,35 bz

**Do. Pr. A. v. 40 th. 249,00 G**

**Bad. Pr. A. v. 67/4 118,00 bz B**

**do. 35 fl. Obligat. 137,50 B**

**Bair. Präm.-Anl. 4/5 120,75 B**

**Brüder. 20th. L. 82,40 G**

**Brem. Anl. v. 1874/4 101,70 B**

**Thür. Md. Pr. A. 3/4 108,75 B**

**Petersb. 100 R. 3 M. 265,40 bz**

**Def. St. Pr. Anl. 3/4 116,40 G**

**Doth. Pr. Pfdr. 5 109,10 bz**

**do. 11. Abh. 5 106,75 bz**

**Do. Pr. A. v. 1866/3 172,00 B**

**Lübeck. Pr. Anl. 3/4 171,40 B**

**Mell. Eisenb. 3/4 89,60 bz G**

**Meining. Loope 4/5 19,20 G**

**do. Pr. Pfdr. 4 103,00 B**

**Oberburg. Loope 3 133,70 bz**

**D.G.-C.-B.-Pf. 110 5 102,50 bz**

**do. do. 4/5 96,30 bz**

**Dtsch. Hypoth. unk. 5 101,00 bz G**

**do. do. 4/5 95,75 bz G**

**Mein. Hyp.-Pfd. 5 100,00 G**

**Rehd. Grdr. H. A. 5 101,50 bz G**

**do. Hyp.-Pfd. 4 101,50 bz G**

**Pomm. H.-B. 1. 120 5 105,25 G**

**do. II. IV. r. 110 5 103,00 bz B**

**Bank- und Credit-Aktien.**

**Badische Bank 4 192,00 G**